

Die wirklichen Machthaber des „Dritten Reiches“

Die wirklichen Machthaber des „Dritten Reiches“, die großen Kriegsverdiener und Kriegsverbrecher, Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer, stellen im Westen und Süden Deutschlands noch immer die bestimmende Macht dar. Ihre Pläne greifen an das Lebensmark des deutschen Volkes. Gemeinsam mit den Reaktionären des englischen und amerikanischen Monopolkapitals wollen sie Deutschland in zwei Teile zerreißen und das Ruhrgebiet von Deutschland wirtschaftlich losrennen. Zweizonen-Abkommen, blzionaler Wirtschaftsrat und Industrieplan für die Blzone sind die ersten Etappen zur Verwirklichung dieser Pläne, die schließlich in der Gründung eines „westdeutschen Staates“ mit der Hauptstadt „an den Rebenhügeln des Rheins“ und seinem Anschluß an den Westblock münden sollen.

Es ist notwendig, die Kräfte dieser Bewegung und ihre Pläne aus dem Dunkel der Anonymität in das helle Licht der breiten Öffentlichkeit zu rücken. Die erste Voraussetzung, sie unschädlich zu machen, ist Ihre Entlarvung vor allen Werktätigen; das deutsche Volk muß erkennen, daß es nur in Frieden und Freiheit leben kann, wenn ihre Macht endlich gebrochen, ihr Besitz entschädigungslos enteignet und in die Hände des Volkes überführt wird. Erste Aufgabe der beiden Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und Ihrer Presse ist also, die verbrecherische Rolle der Beherrscher der einzelnen Konzernbetriebe im faschistischen Staat und im Hitlerkrieg nachzuweisen. Das ist um so mehr erforderlich, als im Zuge der Dinkelbach'schen „Konzernentflechtung“ versucht wird, die alten Kriegsverbrecher in die Leitungen der neuen Konzernbetriebe sozusagen auf legale Weise einzubauen.

Auf einer Konferenz von Anhängern der sozialistischen Einheit und der Leitung der KPD der britischen Besatzungszone in Bremen stellte Genosse Walter Ulbricht fest, daß das Haupthindernis für die Entmachtung der Kriegsverbrecher die Unklarheit in den Reihen der Arbeiterklasse ist. Er verwies auf die Unterstützung des Dinkelbach-Planes zur „Entflechtung der Konzerne“ (s. „Neuer Weg“, Nr. 3/4, Seite 19) durch einige sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, die den Gewerkschaften wohl einige Plätze in den Aufsichtsräten der neuen Konzerne einbringt, aber andererseits zur Folge hat, daß das Eigentum der Kriegsverbrecher und Konzernherren nicht angetastet wird. Ein weiteres großes Hindernis ist die Meinung eines Teiles der Werktätigen, daß „ihr“ Konzernbetrieb ein „soziales Unternehmen“ sei, weil „ihr“ Direktor — nur um dem Zorn der Arbeiter zu entgehen — der Belegschaft gelegentlich ein warmes Mittagessen oder zusätzliche Lebensmittel gibt, die auf dem Wege der Kompensation erworben und dem allgemeinen Bedarf entzogen würden. Es wird vergessen, daß diejenigen, die heute einigen Tausenden eine Bettelsuppe geben, gestern Millionen der Arbeiter

nahmen und es morgen wieder tun werden, wenn es ihr Profitinteresse erheischt und sie von den Arbeitern nicht daran gehindert werden. Haben die Monopolkapitalisten 1918 nicht dasselbe getan? Haben sie nicht die Arbeiter mit schönen Versprechungen und sozialen Zugeständnissen beruhigt und ganz systematisch den Boden für den Krieg vorbereitet?

Es gilt also, in erster Linie eine breite Aufklärung zu schaffen, die Namen der Kriegsverbrecher anzuprangern, die sich heute, als Demokraten und soziale Unternehmer getarnt, anschicken, das deutsche Volk zu verraten und zu verkaufen, damit sie weiter Profite machen können.

Typisch dafür ist der Fall *Bruno*. Ein aus der Ostzone entfloherer Kriegsverbrecher, der im Dinkelbach-Stab eine maßgebende Rolle spielt und kaufmännischer Direktor eines „entflochtenen“ Konzernbetriebe, der Hütten-Werke AG. Oberhausen, ist. Die kommunistische „Freiheit“, Düsseldorf, und das „Westdeutsche Volks-Edio“, Dortmund, führen einen unermüdlichen Kampf gegen ihn. An Hand zahlreicher Dokumente verweisen sie auf seine kriegsverbrecherische Tätigkeit, die nunmehr vor

MORD KEIN MORD?

2 Nationalsozialisten, die in der Nacht vom 8. zum 10. November 1938 den Kaufmann Rosenblum durch Schuss in die Brust ermordeten, wurden in der ersten Stadtkammer Bremen aus wegen Totschlags ohne Überlegung verurteilt

Die Justiz antwortet hierauf durch eine

Masseffkundgetuig

Donnerstag, (Moi 1947, 17*90 Uhr, auf dem Demslifio)

I * goht um all« cm... und <io Wolf soü imsooro Empörung über diosos Fehlurteil vernehmen!

SPD Bremen • KPD Bremen

(Plakat): SPD und KPD in Bremen riefen zu einer gemeinsamen Protestversammlung gegen die reaktionäre Justiz in Bremen auf: 2 Nazis, die im November 1938 den Kaufmann Rosenblum durch Schuss ermordeten, wurden nur wegen „Totschlags ohne Überlegung“ verurteilt.

Ramp-Reaktion und Militarismus

u* «tEm ΓΣ£ C AF ffP